

■ »Statt Vergrübelungen kulturelle Breitenwirkung!«

Über frischen Wind in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Fast ein Jahrzehnt fristete die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als dritte Säule der Außenpolitik ein Nischendasein. In den Medien lamentierten die Betroffenen über die Schließung von Goethe-Instituten. Auch bei vielen anderen Mittlerorganisationen sorgte der Rotstift für düstere Zukunftsszenarien. Während 1993 der Anteil der AKBP am Bundeshaushalt noch 0,51 Prozent betragen hatte, waren es zehn Jahre später nur noch 0,43 Prozent, was in absoluten Zahlen einen Rückgang von 1.185 Mio Euro auf 1.106 Mio Euro bedeutete. Der Anteil der AKBP am Bruttoinlandsprodukt reduzierte sich im selben Zeitraum von 0,07 Prozent auf 0,05 Prozent. Dabei hätte Zuversicht das Thema sein müssen. Deutschland war wiedervereinigt und der europäische Integrationsprozess machte Fortschritte. Private Stiftungen wie die Bosch-Stiftung mit dem Förderschwerpunkt Völkerverständigung und dem Nachwuchsprogramm »Deutsche Kulturmanager für Mittel- und Osteuropa« machten derweil auf sich aufmerksam und bewiesen zugleich, dass bei einem kostenbewusstesten und flexiblen Personalmanagement relativ bescheidene Förderbeiträge sehr wirkungsvoll sein können.

Die rot-grüne Bundesregierung mit Außenminister Joschka Fischer setzte derweil mit der »Konzeption 2000« auf die Kultur als Mittel der Krisenprävention. Nachdem man militärischen Einsätzen im Rahmen bestehender Bündnisse keine Absage erteilen durfte, förderte man medienwirksam die Kultur als Aktionsfeld. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seiner Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Auswärtigen Kulturpolitik (BT-Drs. Nr. 16/4024) nüchtern blieb. Krisen und Konflikte lassen sich mit Mitteln der Kultur und Bildung allein nicht lösen, die Evaluierung des Mitteleinsatzes mit diesem Ziel sei eher schwierig und der Erfolg allenfalls langfristig messbar, ist die Botschaft.

Das ist kein Abschied vom Thema Krisenprävention durch Wertedialog, aber die Prioritäten werden nun anders gesetzt. Steinmeier will ganz pragmatisch im weltweiten Wettbewerb um Anerkennung und die besten Köpfe Sympathiewerbung für Deutschland betreiben mit einem Deutschlandbild, dass er in der *Zeit* vom 19. Juli 2007 wie folgt beschreibt: »Wir werden unsere Geschichte, unsere Traditionen und Haltungen sehr viel engagierter in die Welt hinaustragen müssen.« Das klingt nicht nur staatstragend, sondern auch ganz nah am Selbstverständnis der von Bundestagspräsident Norbert Lammert formulierten Leitkultur. Steinmeier selbst sagt, er halte die Vorstellung von Leitkultur für ein untaugliches Bollwerk gegen Einflüsse, das nie Schutz vor Verunsicherung sein könne. Aber wie steht es mit der Orientierung, die die Menschen im In- und Ausland brauchen? Auf die Frage, ob im Ausland die deutsche Kulturturnation oder die kosmopolitischen Tugenden der Bundesrepublik in den Vordergrund gestellt werden, bekennt sich Steinmeier in der *Zeit* vom 18. Mai 2007 dazu, dass »deutsche Kultur, Demokratie und Lebensweise« im Ausland präsentiert werden müssen. Man verlange dort geradezu, dass sich »Deutschland als Deutschland präsentiere« und so hätten z.B. die Japaner überhaupt kein Interesse an einer »unsortierten europäischen Kultur«.

Statt Vergrübelungen kulturelle Breitenwirkung! Bildungs-offensiven wie zum Beispiel die angestrebte Stärkung der Auslandsschulen, deren Zahl ganz erheblich gesteigert, mit einem neuen Element der Begegnungsschule und deutschen Finanzhilfen für den jeweils landeseigenen Ausbau der Schulsysteme verbunden werden soll!

Steinmeier hofft, auf diese Weise wichtige Zielgruppen der einheimischen Bevölkerung und Eliten schon in ganz jungen Jahren anzusprechen und in einen Dialog einzubinden.

Den Außenminister kann man zu seiner Initiative nur beglückwünschen. Außenpolitik und Entwicklungspolitik können in der

Bildungspolitik gleichermaßen fördern und fordern. Die Initiative fügt sich auch gut ins Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008. Dort steht die Interaktion von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Ethnien im Mittelpunkt des Interesses. Angesichts fortschreitender Globalisierung und Migration soll der interkulturelle Dialog als Dimension einer neuen Weltgesellschaft gefördert werden. Mag der Theater- oder Tanzworkshop auch noch so interessant und verdienstvoll sein, einer Polemik, wie sie im Karikaturenstreit zutage getreten ist, kann man effektiv nur mit Wissensvermittlung begegnen.

Die Goethe-Institute sollen mit Blick auf die Interessen und die Nachfrage in den Gastländern bei Kulturprojekten die landesspezifischen Gegebenheiten berücksichtigen und dabei auch die Kultur des Gastlandes einbeziehen. Die Auslandsinstitute erhalten mehr Verantwortung. Kulturdialog statt Kultorexport ist die Botschaft, die mit dieser Strategie verbunden ist. Die Restrukturierung der Goethe-Institute, die als das Verdienst Steinmeiers gepriesen wird, hat allerdings sehr viel früher begonnen. Hier kann Steinmeier die Früchte der Arbeit seiner Vorgänger einfahren. Spannend wird, ob es ihm gelingt, das System durchlässiger zu gestalten. Die Mittlerorganisationen sind in einem hohen Maße von externen Entwicklungen abhängig, denen sich die Organisation und das Personal zeitnah anpassen müssen. Das schließt die Verwendung von Mitarbeitern in anderen Organisationen/Behörden ein. Wenn z.B. bei einer Verkleinerung der Zentrale des Goethe-Instituts in München das Know how und die interkulturelle Kompetenz von Goethe-Mitarbeiter an anderer Stelle gebraucht werden können, so müsste ein Wechsel eigentlich flexibel zu bewerkstelligen sein. Die Fusion des Goethe-Institutes mit Inter Nationes und die daraus resultierenden kostspieligen Sozialpläne haben andere Erfahrungen hinterlassen. Dabei sind Goethe-Mitarbeiter auch im innerstaatlichen Kulturbe-

trieb gefragt. Der Kulturdezernent der Stadt Oldenburg Martin Schumacher hat als ehemaliges Vorstandsmitglied des Goethe-Instituts den Mut zum Wechsel gehabt und bringt nun auf der kommunalen Ebene als leitender Mitarbeiter – übrigens ohne das in solchen Ämtern häufig obligatorische Partei-buch – seine Erfahrungen ein.

Das Goethe-Institut braucht Erfahrungen von außen und sollte seine Erfahrungen weitergeben. Begrüßenswert ist daher die Initiative von Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff. Nordrhein-Westfalen hat als erstes und bislang einziges Bundesland ein Kooperationsabkommen mit dem Goethe-Institut abgeschlossen. Das Goethe-Institut wird mit seinem weltweiten Institutsnetz das Land NRW bei der Pflege und Fortentwicklung seiner kulturellen Außenbeziehungen unterstützen. Im Rahmen dieses Abkommens ist auch ein gegenseitiger Personalaustausch geplant.

»Die Menschen spüren, wie die klassischen Trennlinien von Außen- und Innenpolitik verschwimmen«, konstatiert der Außenminister. Was aber bedeutet das für die Schnittmengen mit den Ämtern seiner Kollegen im Bereich Kultur und Bildung? Immerhin hatte der Deutsche Kulturrat mit guten Argumenten gefordert, die Kompetenz für die Auswärtige Kulturpolitik gänzlich in den Bereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zu verlagern. Dort sind wesentliche Bereiche

der auswärtigen Medienpolitik, Künstlerförderung im Ausland und die Zuständigkeit für EU-Kulturprogramme angesiedelt. »Die gegenwärtige Aufteilung der Ressortzuständigkeiten hat sich bewährt«, lautet die Antwort der Bundesregierung, die nicht überrascht. Jedenfalls wird auf der so genannten Durchführungs- und Mittlerebene die Kooperation zwischen den verschiedenen Bereichen vorangetrieben.

Bei den Auslandsschulen wird in Zukunft eine ganz andere Zuständigkeitsfrage im Raum stehen. Gute Lehrer aus Deutschland, das A und O des Steinmeierschen Konzeptes, sind zur Mangelware geworden. Natürlich ist ein Auslandseinsatz spannend, aber die bange Frage ist: Was kommt danach? Welche Rückkehrperspektiven in den Schuldienst in Deutschland ergeben sich und zu welchen Konditionen? Hier haben die Kultusminister der Länder eine Schlüsselstellung inne. Leider litt manch rückkehrwilliger Lehrer im Auslandseinsatz in der Vergangenheit unter der Skepsis der deutschen Bürokratie gegenüber »den Weltreisenden in Sachen Bildung«. Dabei sind interkulturell ausgebildete Lehrer mit Auslandserfahrung und guten Kenntnissen anderer Bildungssysteme eine Bereicherung für unser eigenes Bildungssystem.

Interkulturelle Kompetenz! Die derzeit in der innerdeutschen Debatte geführte Diskussion um Integrationskonzepte setzt zurecht auf den interkulturellen Dialog. Ein solcher

Dialog kann aber nur dann erfolgreich geführt werden, wenn er an den Schaltstellen von Menschen begleitet wird, die entsprechend interkulturell vorgebildet sind. Wenn in Deutschland Menschen aus 160 Nationen zusammenleben und für das Zusammenleben mit diesen Menschen interkulturelle Konzepte entwickelt werden sollen, reicht es nicht, wenn man dafür nach Menschen mit Migrationshintergrund Ausschau hält, die die Vielfalt der Ethnien gar nicht widerspiegeln und allenfalls ganz spezifische Diskriminierungserfahrungen einbringen. Bekennt man sich zum interkulturellen Dialog als Chance für unsere Gesellschaft und sieht erst in zweiter Linie die sozialpolitische Herausforderung, dann muss die Sachkunde und Erfahrung der Generalisten aus der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in die innerdeutsche Debatte einfließen. Der Dialog der Kulturen findet seine innerstaatliche Fortsetzung im interkulturellen Dialog.

Außenminister Steinmeier hat eine interkulturelle Lerngemeinschaft gefordert. Es wäre schön, wenn im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs Konzepte entwickelt würden, den interkulturellen Sachverstand in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik innerstaatlich nutzbar zu machen. Der Dialog der Kulturen in der AKBP und der interkulturelle Dialog als Bestandteil innerstaatlicher Integrationspolitik sind in unserer globalisierten Welt die beiden Seiten einer Medaille.

Iris Magdowski

»Interkulturelle Bildung – ein Weg zur Integration?«

Tagung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft

am 14./15. November 2007 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche erlebt derzeit eine erstaunliche Konjunktur. Bund, Länder und Gemeinden legen neue Förderprogramme auf, richten sich konzeptionell neu aus und vernetzen ihre bisherigen Aktivitäten im Feld von Bildung, Schule, Kultur und Jugend. Kulturelle Bildung soll das kulturelle Erbe vermitteln, zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen und helfen, auch das außerschulische Leben besser zu meistern. Die interkulturelle Komponente der Kulturellen Bildung und damit die kulturellen Erfahrungen und Erwartungen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind dabei bislang zu kurz gekommen. Deshalb hat auch der kürzlich verabschiedete Nationale Integrationsplan diesem Thema so große Aufmerksamkeit gewidmet. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der interkulturelle Bildung eine besondere Rolle übernehmen kann. Sie erleichtert das Verständnis für kulturelle Vielfalt und Differenz und fördert auf diese Weise das Zusammenleben der Menschen in der multiethnischen und interkulturellen Gesellschaft.

Interkulturelle Bildung bedarf nicht nur neuer Vermittlungsformen und inhaltlicher Präzisierungen, sondern muss sich auf besondere

Weise auch auf ihre Adressaten einlassen, auf ihre Erwartungen und Wünsche, ihre Motivationen und Fähigkeiten. Hier möchte die Tagung ansetzen, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft ausgerichtet. Unter der Leitfrage »Interkulturelle Bildung – ein Weg zur Integration?« sollen praktische Erfahrungen, empirische Grundlagen, theoretische Erklärungen und politische Erfordernisse vorgestellt und diskutiert werden. Wir werden dabei Wissenschaftler, Politiker und Praktiker zur Wort kommen lassen, aber auch die Kinder und Jugendlichen selbst als Experten in eigener Sache befragen, denn ohne ihre Mitwirkung bleibt Bildung letztlich folgenlos. Wir laden Sie ein, an diesem wichtigen Diskussionsprozess über die Zukunft der interkulturellen Kinder- und Jugendbildung in Deutschland teilzunehmen. Loten Sie mit uns gemeinsam Möglichkeiten und Grenzen aus, den Integrationsprozess auch mit kulturellen Mitteln zu gestalten.

Das Tagungsprogramm finden Sie auf der Umschlagseite dieses Heftes, Aktualisierungen sowie die Möglichkeit zur Online-Anmeldung unter www.kupoge.de.